

## **V-29** Appell an Kabinett: Verkehrswende jetzt

Gremium: KV Schwerin  
Beschlussdatum: 24.09.2024  
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

### **Antragstext**

- 1 Wir sind als Mitglieder von Bündnis 90/Die Grünen unzufrieden mit der Verkehrspolitik  
2 des von Minister Wissing (FDP) geführten Verkehrsministeriums.  
3 Insbesondere die Aufweichung der Sektorziele im Klimaschutzgesetz fällt sogar  
4 noch hinter die Vorgaben der Großen Koalition aus CDU und SPD zurück.
- 5 Die Große Koalition hatte im Bundesklimaschutzgesetz vom 12.12.2019 für den  
6 Verkehrssektor klare Maximalvorgaben festgelegt:  
7 2022: 139 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub>-Äquivalent  
8 2023: 134 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub>-Äquivalent  
9 2024: 128 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub>-Äquivalent  
10 2025: 123 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub>-Äquivalent
- 11 Die Ampelregierung scheint große Schwierigkeiten zu haben, diese Ziele  
12 einzuhalten und hat sie deshalb bereits im Koalitionsvertrag 2021-2025  
13 wie folgt aufgeweicht:
- 14 Koalitionsvertrag S.55:  
15 „Die Einhaltung der Klimaziele werden wir anhand einer  
16 sektorübergreifenden und analog zum Pariser Klimaabkommen mehrjährigen  
17 Gesamtrechnung überprüfen. Basis dafür ist das jährliche Monitoring.“
- 18 Den Mitgliedern von Bündnis 90/Die Grünen konnten zum Zeitpunkt der Urabstimmung  
19 über  
20 den Koalitionsvertrag die Konsequenzen dieser Formulierung und ihre Auslegung  
21 durch die Koalitionspartner nicht klar sein, weil eine inhaltliche  
22 Diskussion nicht stattgefunden hatte.  
23
- 24 Der Verkehrssektor braucht nun bis zum Ende der Legislaturperiode keine  
25 CO<sub>2</sub>-Äquivalente einzusparen. Wenn die anderen Sektoren das, wie zu erwarten,  
26 nicht ausgleichen  
27 können, treten die Sanktionen erst nach der Legislaturperiode ein.
- 28 Das ist so nicht hinnehmbar. Wir fordern eine Verkehrswende, die ihren Namen  
29 auch verdient, und zwar jetzt während der grünen Regierungsbeteiligung!
- 30 Wir fordern die Einhaltung der Sektorziele im Verkehrssektor und eine kritische  
31 Überprüfung des aktuellen Bundesverkehrswegeplans unter Berücksichtigung der  
32 klimapolitischen Ziele und der angespannten Haushaltslage.
- 33 Wir fordern unsere gewählten Vertreter\*innen auf, dies bei den  
34 Koalitionspartnern bis Ende 2024 durchzusetzen.